

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 12. September 2022 / Lundi après-midi, 12 septembre 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**42 2022.RRGR.101 Motion 087-2022 Remund (Mittelhäusern, Grüne)
Ausstieg aus dem Gas – auch im Kanton Bern**

**42 2022.RRGR.101 Motion 087-2022 Remund (Mittelhäusern, Les Verts)
Abandonnons le gaz, dans le canton de Berne aussi !**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 42. Der Regierungsrat hat punktweise Abstimmung beschlossen: Ziff. 1 und 2: Annahme, Ziff. 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung, Ziff. 4: Annahme als Postulat, Ziff. 5: Annahme. Wir führen eine freie Diskussion, der Motionär hat das Wort.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Motionär. Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine zeigt, dass die Energiewende nicht nur aus klimapolitischen Gründen rasch erfolgen muss, sondern auch aus sicherheitspolitischen. Die drohende Energiemangellage ist durch eine zu langsame Energiewende verursacht. Noch immer sind wir aufgrund unserer Abhängigkeit erpressbar, und wir werden auch erpresst von Russland. Je schneller wir wegkommen, desto besser. Ein rascher Zubau der einheimischen erneuerbaren Energien und verstärkte Sparanstrengungen sind der einzige Weg.

Der Krieg hat aber auch definitiv gezeigt, dass Gas keine Übergangstechnologie ist. Das hat man eigentlich auch schon vorher gewusst: Auch mittel- und langfristig kann Gas keine Lösung sein, nur rund 20 Prozent des heutigen Verbrauchs können nachhaltig, sprich erneuerbar, erzeugt werden. Das Gas wird zudem teuer bleiben, auch wenn wir in ein bis zwei Jahren die Abhängigkeit von Russland gesenkt haben. Mit erneuerbarem Gas wird dies auch nicht günstiger. Es wird weiterhin Gas brauchen – insofern ist der Titel der Motion etwas falsch –, aber es wird viel weniger brauchen, die Industrie wird weiterhin Gas brauchen, und von mir aus gesehen sollte es man auch für sie reservieren.

Ich komme zu den einzelnen Punkten: Wir stimmen der punktweisen Abstimmung zu und auch den Anträgen des Regierungsrates. Die Punkte 1 und 2 betreffen die Strategie, den Gasverbrauch zu senken: Hier muss der Regierungsrat über die Bücher; bislang fasste er das Gas mit Samthandschuhen an, und die Energiewende muss dort sicher beschleunigt werden. Punkt 3 ist bereits umgesetzt, besten Dank an den Regierungsrat. Punkt 4: Die Erhöhung wird höchstwahrscheinlich nötig sein, da die Beiträge des Bundes zunehmend unsicherer werden, und weil auch die anderen Kantone ihr Budget diesbezüglich erhöht haben. Insofern sind wir dort auch einverstanden, diesen Punkt in ein Postulat zu wandeln. Heute weist der Kanton Bern einen hohen Gasverbrauch auf – vorab in Städten und Vororten, in rund 22 Gemeinden des Kantons gibt es Gas-Prioritäts-Gebiete, wo die Leute angehalten sind, Gasheizungen einzubauen.

Die Abhängigkeit lässt sich nicht von heute auf morgen aufheben, trotzdem sind rasch Schritte einzuleiten und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umzusetzen. Wie gesagt, wir sind einverstanden mit den Anträgen des Regierungsrates und bitten um die Annahme der einzelnen Punkte.

Präsident. Ich habe noch eine Frage, es ging schnell: Du hast keine Differenzen mehr zum Regierungsrat? (*Grossrat Remund verneint. / Le député Remund répond par la négative.*) – Dann ist alles so, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Die Fraktionen haben das Wort: für die SVP, Grossrat Leuenberger.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP), Fraktionssprecher. Ausstieg aus dem Gas auch im Kanton Bern: Mit diesem Vorstoss soll der fossile Gasverbrauch gesenkt werden und durch erneuerbares Gas ersetzt werden. Im selben Zeitraum soll der Anteil von Gas aus Russland innert kurzer Zeit eingespart werden. Gas ist ein Energieträger. Man kann ihn gut transportieren, man kann ihn gut lagern. Und zudem ist Gas ein Energieträger, der – ich muss jetzt sagen – ja, bis jetzt, in zuverlässiger Menge zur Verfügung stand. Jetzt wollen wir dann schauen, wie das im kommenden Winter ausgeht. Aber was auch wichtig ist, die Schweiz hat eine ganz gute Infrastruktur für Gas. Und diese ist vorhanden, und diese müssen wir noch möglichst lange nutzen können.

Bei den fünf Punkten, die die Motionäre aufzählen, fallen der SVP-Fraktion vor allem drei Wörter auf: «schnell», «rasch», «kurze Zeit». Das lässt uns etwas aufhorchen. Was ein rascher Ausstieg oder ein Umstieg von einem Energieträger zum anderen bedeutet, das haben wir erlebt und erleben es jetzt auch aktuell. Die rasche und aus Sicht der SVP zu schnelle Stilllegung des AKW Mühleberg belastet die elektrische Versorgungssicherheit des Kantons Bern, ja, man kann sogar sagen, der ganzen Schweiz. Auch Mühleberg hatte eine gute vorhandene Infrastruktur, und diese haben wir aus unserer Sicht viel zu schnell aufgegeben. Aus diesem Grund sehen wir einem noch schnelleren Ausstieg oder Umstieg in der Gaswirtschaft ... – das halten wir einfach für kritisch. Die Energiestrategie 2006 ist nach wie vor aktuell und beinhaltet die Formulierungen, dass bis ins Jahr 2035 70 Prozent der Gebäude des Kantons mit erneuerbarer Energie gewärmt werden sollen und dass der Wärmebedarf der Liegenschaften des Kantons Bern um 20 Prozent gesenkt werden soll. Damit kann man sagen, dass der Kanton Bern bereits genügend Instrumente hat, um den Umstieg zu begleiten und den Ausstieg vorsichtig anzugehen.

Der SVP-Fraktion ist es wichtig zu betonen, dass zuerst erneuerbare Gaslieferungen in genügender Form sichergestellt werden müssen. Das grosse Potenzial liegt bei den Verbänden der Abwasserreinigungsanlagen (ARA), aber auch in der Landwirtschaft. Das Potenzial in der Landwirtschaft kann aus bekannten Gründen – Raumplanung, Zonenkonformität – nicht voll ausgeschöpft werden. Hier fordert die SVP schon seit der entsprechenden Diskussion in der Klimadebatte ganz klar eine Flexibilität, dort erwarten wir, dass auch die Motionäre der grünen Partei uns helfen. Es gibt auch Anlagen in der Gaswirtschaft, die ausbaufähig wären, aber auch diese können zum Teil nicht ausgebaut werden. Nicht direkt das Gas liefern, sondern mit Biogas Energie machen, das ist eine ganz gute Form. Die BKW proklamiert dies nun, Sie können den neuesten Newsletter von der BKW lesen. Strom produzieren und Gas einsparen, das ist eine vernünftige Form. Diese Kampagne macht Sinn, und dort können wir mithelfen, wenn wir auch die Flexibilität in der Frage der Zonenkonformität, aber auch vom Raumplanungsgesetz ausnützen. Immerhin können wir sagen: Doch, es tut sich etwas. In den letzten fünf Jahren sind in der Landwirtschaftszone im Kanton Bern 11 Anlagen bewilligt worden, 4 Anlagen konnten nicht bewilligt werden, und im Moment gibt es 7 laufende Verfahren für Biogasanlagen. Also, Sie sehen, dass sich etwas tut, und es freut uns, dass wir hier einen Beitrag leisten können.

Ich komme zum Abstimmungsverhalten von der SVP-Fraktion: Ziff. 1 und 2 nehmen wir zusammen und halten fest, dass der Regierungsrat eigentlich zu jeder Zeit und selbstverständlich schauen muss, dass Energieträger, die Schwierigkeiten bereiten könnten, gesenkt und gespart werden können, z. B. im Rahmen des Risikodialogs, und darum sagen wir, dass die Punkte 1 und 2 eigentlich erfüllt sind. Das kann man annehmen und abschreiben; wenn die Abschreibung bestritten wird, dann lehnen wir ab. Bei Ziff. 3 schliesst sich die SVP dem Regierungsrat an, annehmen und abschreiben. Die Ziff. 4 und 5 nehme ich wieder zusammen: Diese Motion lehnen wir dort ab, es kann sein, dass einige ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... Mitglieder der SVP einem Postulat zustimmen.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Fraktionssprecher. Ich kann es relativ kurz machen, die SP-Fraktion ist mit den Grünen einig. Neben den klimapolitischen Begründungen für eine Reduktion des Gasverbrauchs wurde der schreckliche Krieg in der Ukraine leider zu einem zusätzlichen Argument, um den raschen Ausstieg aus dem Gasverbrauch zu forcieren. Wir müssen unsere Auslandabhängigkeit reduzieren, und es geht hier in diesem Sinn eben nicht nur um Klimapolitik, sondern auch um Sicherheitsfragen. Es geht aber auch zusätzlich um volkswirtschaftliche Fragestellungen und um

unsere Zukunft in dieser Beziehung. Putin setzt das Gas in seinem völkerrechtswidrigen Krieg in- zwischen klar als eine Waffe ein, und er braucht Einnahmen aus dem Gasexport, um den Krieg zu finanzieren, und das müssen wir stoppen.

Die SP-Fraktion wird mit den einzelnen Ziffern umgehen wie vom Regierungsrat empfohlen. Und vielleicht noch eine Bemerkung zu meinem Vorredner, Grossrat Leuenberger: Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, dass man schon sagen kann, dass die Abschaltung des AKW Mühleberg aus Ihrer Sicht ein Fehler gewesen ist, aber die BKW hat dieses Werk aus unternehmerisch- wirtschaftliche Gründen geschlossen, weil sich die Erneuerung nicht rechnet. In diesem Zusammen- hang warne ich bzw. warnt unsere Fraktion davor, eine falsche Vorstellung zu haben, welche Rolle der Einsatz von der Kernenergie bei der Versorgung bei uns spielen kann. Merci. Also, wir stimmen wie der Regierungsrat und wie der Motionär das jetzt heute gesagt hat, mit der Wandlung von einem Punkt in ein Postulat und mit einer Abschreibung einer Ziffer.

Bruno Riem, Wichtrach (FDP), Fraktionssprecher. Die FDP ist im Grundsatz mit den Motionären einig, dass durch den Krieg der Ukraine der Ausstieg aus dem fossilen Brennstoffgas vorangetrie- ben werden muss. Die Entwicklung des Gaspreises und die Umsetzung der Energiestrategie des Kantons Bern wird das Ziel weg vom Gas beschleunigen. Mit der Ausgestaltung der kantonalen Energieverordnung hat der Regierungsrat ein weiteres Instrument, um die Produktion von erneuer- barem Gas voranzutreiben.

Die Mehrheit der FDP-Fraktion nimmt wie folgt zu den einzelnen Ziffern Stellung: Bei den Ziff. 1 und 2 schliesst sie sich der Meinung des Regierungsrates an und kann diesen Motionen zustim- men. Bei Ziff. 3 ist sie ebenfalls der Meinung des Regierungsrates, Annahme und Abschreibung, weil das ja bereits umgesetzt worden ist. Bei Ziff. 4 sind nicht nur die langen Lieferfristen für die Umwandlung ein Problem, sondern auch die drohende Stromknappheit. Ein Umrüsten in Wärme- pumpen ersetzt zwar den Gasverbrauch, benötigt aber einen beträchtlichen Anteil an elektrischer Energie. Dort kann die FDP einem Postulat zustimmen. Bei Ziff. 5 erscheint uns das Ziel recht eu- phorisch zu sein, deshalb könnten wir höchstens einem Postulat zustimmen. Zusammengefasst ist die Mehrheit der FDP-Fraktion der gleichen Meinung wie der Regierungsrat, ausser bei Punkt 5, dort sind wir für eine Wandlung in ein Postulat.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion teilt die Einschätzung, dass die Energiewende sowohl aus klimapolitischen, aber auch aus wirtschaftlichen und aus si- cherheitspolitischen Gründen jetzt erfolgen muss. In der kantonalen Energiestrategie ist be- reits 2006 festgehalten worden, dass Gas nur vorübergehend als Ersatz für Heiz- und Schweröl verwendet werden soll. Es kann doch nicht sein, dass Herr Putin mit unserem Kauf von Gas den Krieg finanziert. Jetzt müssen wir aber das Ganze anpacken, wir müssen aber auch transparent und ehrlich sein, was überhaupt möglich ist. Bei Punkt 4, Fördergelder: Wir können schon viel Geld in das System hineingeben, wenn wir aber lange Lieferfristen und Fachkräftemangel haben, dann bringt mehr Geld nichts. Bei Punkt 5 hat der Regierungsrat bereits Kompetenzen, die Berücksichti- gung von erneuerbarem Gas durch die Verordnungen festzulegen. Eigentlich braucht es diesen Punkt gar nicht. Kurz zusammengefasst: Die Fraktion der Mitte stimmt bei den Ziff. 1 bis 4 gross- mehrheitlich wie die Regierung, Ziff. 5 lehnen wir wegen der bereits vorhandenen Instrumente als Motion ab, könnten uns aber vorstellen, sie als Postulat zu unterstützen.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP-Fraktion geht in allen Punkten mit dem Motionär und mit der Schlussfolgerung der Regierung einig. Die Schweiz ist stark abhängig von Energieimporten und bei Gaslieferungen insbesondere von Russland. Dass diese Abhängigkeit gefährlich ist, ist in meinen Kreisen nicht erst seit letztem Februar bekannt.

Gas setzt aber auch CO₂ frei, und darum sollte man aus doppeltem Grund Gas nur noch sehr punktuell bei Anwendungen einsetzen, die aufgrund der hohen Temperaturen und beispielsweise doppelter Energienutzung von Wärme und Strom von keinem anderen Energieträger besser genutzt werden können. Gasheizungen im Wohnbereich gehören aber nicht zu den alternativlosen Anwen-

dungsfeldern. Darum ist es nötig, dass man hier Massnahmen ergreift, um den fossilen Gasverbrauch zu senken und den Anteil an erneuerbarem Gas zu steigern.

Der Punkt 3 ist erfüllt, und dafür danken wir dem Regierungsrat. Ob wie in Punkt 4 gefordert die Fördergelder erhöht werden sollen, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab und sollte hier nicht fix bestimmt werden. Es gilt, Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Unabhängig von der Förderhöhe besteht im Moment, wie bereits angesprochen, ein sehr grosser Trend, dass die Heizsysteme aufgrund von den politischen Bedingungen in Russland so oder so ersetzt werden wollen. Man will ein krisensicheres Heizsystem, und man will den Krieg nicht unterstützen. Der Fachkräftemangel in der Heizungsbranche lässt sich auch nicht wegsubventionieren: Es fehlt hier besonders an versierten Handwerkerinnen und Handwerkern. Und zudem gibt es bei gewissen Heizungskomponenten Beschaffungsprobleme, die sich leider auch nicht so einfach lösen lassen. Deshalb ist für die EVP-Fraktion die Überweisung von Punkt 4 der richtige Weg, wenn man ihn als Postulat überweist.

Punkt 5, Gas als Standardlösung: Hier fordert der Motionär, dass 50 Prozent erneuerbares Gas eingesetzt werden sollen. Der Motionär fordert, hier ein Schrittlchen zu machen, wo wir doch einen grossen Schritt machen könnten und müssten. Wir möchten das Ziel der Klimaneutralität erreichen, aber wir können nicht an jeder Ecke Kompromisse eingehen. Wenn man eine neue Heizung baut, dann erfolgt dies mit einem langen Zeithorizont von 15 Jahren und mehr, und hier gilt es, grundlegend zu überdenken, ob ein Standard, den wir heute setzen, nicht so ausgerichtet sein sollte, dass wir das Ziel der Klimaneutralität erreichen können. Bis jetzt sind Standardlösungen erlaubt, die immer noch CO₂ ausstossen. Das ist irgendwie nicht stimmig. Das sollte man weiter aufnehmen, ich deponiere es an dieser Stelle einfach einmal, die EVP folgt aber dem Antrag des Regierungsrates.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU), Fraktionssprecher. Ausstieg aus dem Gas auch im Kanton Bern. Am 5. September hat die «Berner Zeitung» geschrieben, dass viele Berner Fabriken zwingend auf Gas angewiesen sind. Besonders die Hersteller von Lebensmittel produzieren mit Erdgas, und nicht alle können ihre Maschinen auf Ölbetrieb umrüsten. Für Kaffee, Gebäck und Bouillon braucht es viel Gas. Die Lebensmittelindustrie ist besonders von Erdgas abhängig.

In Punkt 1 der Motion wird der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, wie der Gasverbrauch im Kanton Bern schnell gesenkt werden kann. Wenn wir den Punkt jetzt überweisen, dann bitte ich aber den Regierungsrat, die Firmen in der Lebensmittelindustrie nicht zu vergessen, damit Produktionen nicht gestoppt werden müssen.

Noch zum Punkt 5, den Mindestanteil an erneuerbarem Gas auf mindestens 50 Prozent zu setzen: Das können wir nicht unterstützen. Der Markt ist kaum in der Lage, so viel zu liefern, weil gegenwärtig der Anteil des erneuerbaren Gases bei 5,5 Prozent liegt. In der EDU-Fraktion stimmen wir bei den Punkten 1 und 2 Annahme der Motion und möglicherweise schreiben wir dann auch ab. Bei Punkt 3 und 4 stimmen wir, wie es der Regierungsrat empfiehlt, Punkt 5 lehnen wir ab wie erwähnt, oder eben, wenn er in ein Postulat gewandelt würde, könnten wir eventuell einem Postulat zustimmen.

Simon Ryser, Seftigen (GLP), Fraktionssprecher. Über Sinn und Unsinn von fossilen Energieträgern müssen wir wohl nicht mehr diskutieren und über deren Herkunft ja eigentlich auch nicht. Und ich kann nur einem Vorredner, Luc Menth, beipflichten, was Volkswirtschaft, Versorgungssicherheit und solche Themen anbelangt – das wiederhole ich jetzt hier nicht mehr.

Und noch etwas: «schnell» und «rasch» sind keine quantitativen Aussagen. Der Motionär oder die Motionäre haben ja nicht gesagt, innerhalb von zwei Jahren oder fünf Jahren oder was auch immer. Sie haben einfach «rasch» gesagt. Dies impliziert einen gewissen Handlungsdruck, aber es gibt keine Zeitlimite vor. Ich denke schon, dass die Regierung und die Verwaltung nachher die richtigen Schlüsse daraus ziehen können, wenn es heisst, «schnell gesenkt werden», wie viel sie dort einrechnen müssen, damit das auch wirklich möglich ist. Und betreffend diese 50 Prozent erneuerbares Gas: Ja, wir haben noch nicht so viel, und es dauert vielleicht eine Zeit lang, bis wir so viel auch wirklich hinbekommen, aber wenn wir nicht daran glauben, dass es machbar ist, werden wir es auch nie machen. Deshalb wird die GLP-Fraktion grossmehrheitlich den Punkten 1 bis 5 gemäss dem Antrag des Regierungsrates auch so zustimmen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Fraktionssprecher. Eigentlich hat Jan Remund klipp und klar, kurz und bündig gesagt, um was es uns geht. Ich wollte zuerst nicht für die Fraktion nach vorn kommen, aber Samuel Leuenberger hat mich jetzt trotzdem noch ein bisschen herausgefordert. Er hat ja Anstoss genommen, der Vorredner hat es auch schon gesagt, an diesen Wörtern «rasch» und «schnell», und komischerweise gab es dann einen Exkurs zum AKW Mühleberg, das aus seiner Sicht offenbar zu schnell stillgelegt worden ist. Was dies mit Gas zu hat, habe ich nicht ganz verstanden. Aber ich möchte einfach nur noch klarstellen: Das AKW Mühleberg hat man aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt, weil man wahnsinnige Investitionen hätte machen müssen, um in die Sicherheit zu investieren, und das wollte die Betreiberin nicht mehr, und deshalb wurde das AKW Mühleberg so schnell stillgelegt. Und wir sind eigentlich auch froh darum.

Der zweite Punkt: Samuel Leuenberger hat die Ziele angesprochen, die man in der kantonalen Energiestrategie bis 2035 gesetzt hat. Ja, diese Ziele gibt es, aber das Problem ist, wir sind nicht auf Kurs, um diese Ziele zu erreichen. Und das gleiche gilt im Übrigen auch für den Verfassungsartikel zum Klimaschutz, wo man bis 2050 klimaneutral werden sollte. Wir sind auch dort nicht auf Kurs. Und deshalb, weil wir in verschiedenen Bereichen nicht auf Kurs sind, braucht es eben die Wörter «rasch» und «schnell». Oder man müsste eigentlich sagen: rascher und schneller als man es bis jetzt geplant und vorangetrieben hat. Das ist heute ein Gebot der Stunde. Merci vielmals für die Zustimmung zu diesen Anträgen, die Jan Remund jetzt noch einmal bekanntgeben wird.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Motionär. Danke für die mehrheitlich gute Aufnahme von dieser Motion. Vielleicht nochmals: Ein rascher Ausstieg aus dem fossilen Gas ist eben gerade nötig, damit wir das erneuerbare Gas auch für die Industrie zur Verfügung haben, wie ich ja schon am Anfang betont habe. Es geht nicht darum, dort alles wegzunehmen. Vielleicht noch zu Punkt 5, wo es noch ein bisschen hin und her gegangen ist: Eigentlich ist es ein Kompromiss, denn an sich ist der Neueinbau einer Gasheizung keine gute Idee. Der 50-Prozent-Anteil hat dem russischen Gas entsprochen, das war der Hintergrund, dass man dann 50 Prozent erneuerbares Gas haben muss. Physisch ist ja der Anteil des erneuerbaren Gases extrem klein, er liegt etwa bei 0,5 Prozent. Dank quasi einem Rechnungstrick kommt man auf 5 Prozent, weil man das Gas vom Ausland kauft. Aber insofern spielt es von uns aus hier auch keine so grosse Rolle, ob es jetzt ein Postulat oder eine Motion ist, und deshalb wandle ich Punkt 5 in ein Postulat.

Präsident. Wir haben es gehört, Punkt 5 wurde in ein Postulat gewandelt. Nun hat der Regierungsrat das Wort.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Nach der Debatte – wenn ich genau zugehört habe – habe ich den Eindruck, dass wir jetzt dann wirklich keine Differenzen mehr oder nur noch minimale haben. In der Grundbeurteilung ist allen klar, dass wir von den fossilen Energieträgern wegkommen müssen. Die Begründung ist deckungsgleich mit derjenigen der Regierung. Die Abhängigkeiten müssen vermindert werden, und wir machen ja auch nicht etwas komplett Neues, wenn Sie diesen Prüfauftrag nun der Regierung geben. Der Kanton Bern hat schon seit Jahren mit der Energiestrategie 2006 ein Instrument, seit mehr als 15 Jahren, mit dem man auch den Ausstieg oder den Umstieg von Energieträgern wie Gas begleitet. Wenn Sie jetzt dann diese Forderung beschliessen, beschliessen Sie im Grund genommen einfach eine Weiterführung der bisherigen Massnahmen im Gasbereich, aber Sie geben der Regierung das Signal, dass Sie ein schnelleres Tempo wollen. Das ist eigentlich die Grundaussage, praktisch unabhängig von den Ziffern, über die wir jetzt sprechen. Bei Ziff. 1 geht es genau darum, dass wir schnell umsteigen und dass wir damit prüfen, wie wir auf der einen Seite den Bedarf sicherstellen, den die Industrie für Gas hat, und wie wir auf der anderen Seite aber eben auch Anreize schaffen können, wie man von der ineffizienten Verwendung von Gas im Bereich der Gebäudeheizung wegkommen kann.

Bei Ziff. 2 hat die Regierung, wie ich es gesagt habe, bereits den Auftrag über die Energiegesetzgebung, über den Verfassungsartikel zum Klimaschutz. Auch hier fahren wir weiter. In der Energiestrategie haben wir beim Gas schon 2018 eine Anpassung gemacht, da prüfen wir, ob es in der Strategie noch eine zusätzliche Anpassung braucht.

Bei Ziff. 3 kann ich es kurz machen, da haben wir Anfang Mai bereits reagiert und die Beiträge für eine Umstellung von Gas zu einem nicht fossilen Heizträger bereits in das Förderprogramm aufgenommen, wir finanzieren dort mit Beiträgen mit.

Bei Ziff. 4 geht es darum, ob die Fördermittel reichen: Dies prüfen wir laufend, wir haben dort eine gewisse Flexibilität, indem wir zwischen den verschiedenen Förderarten Mittel verschieben können. Was die Regierung nicht will, was ich auch als zuständiger Energiedirektor nicht möchte, ist, dass ein Förderprogramm so läuft, dass wir Mitnahmeeffekte in bestimmten Kategorien haben. Wenn wir beispielsweise sehen, dass die Nachfrage da ist, weil die Energiepreise beim Strom oder vor allem beim Öl gestiegen sind, überprüfen wir laufend, ob es nachher für eine Umstellung von Ölheizungen zu einem anderen Energieträger noch einen Beitrag braucht und wenn ja, in welcher Höhe. Damit haben wir einen gewissen Spielraum, eine gewisse Manövriermasse. Ich kann nicht ausschliessen, dass wir Ende Jahr feststellen, dass man mit mehr Mitteln auch noch das Tempo beschleunigen kann. Aber Sie wissen alle: Im Moment haben wir weniger das Problem, dass die Anreize nicht wirken, beispielsweise über das Energieförderungsprogramm, sondern mehr das Problem, dass die Nachfrage von der Wirtschaft selbst nicht erfüllt werden kann, dadurch, dass wir einen Fachkräftemangel haben, dass Lieferketten unterbrochen sind, dass man gewisse Teile nicht erhält – wenn Sie ein Solarpanel erhalten haben, haben Sie vielleicht dann den Wechselrichter nicht und Sie warten noch ein Jahr: Dort ist im Moment ein Hauptproblem, die Lieferer, die Lieferketten funktionieren nicht reibungslos, es kommt zu Wartezeiten.

Bei Ziff. 5 prüfen wir gerne, wie man den Zielwert in der Verordnung nachher festlegt. Die Diskussionen, die wir im Moment mit den Gasversorgern führen, zeigen, dass wir eigentlich keine Differenz haben und dass die Erwartungen der Gasversorger relativ nahe bei der Forderung sind, wie sie hier im Vorstoss steht. Aus diesen Gründen empfiehlt der Regierungsrat, so über die Ziffern abzustimmen, wie es in der Vorstossantwort steht: Wir prüfen, und in einem Fall haben wir das bereits gemacht, dort kann man abschreiben.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über das Traktandum 42. Bei den Ziff. 1 und 2 wird Abschreibung verlangt, Ziff. 5 wurde in ein Postulat gewandelt.

Wir stimmen ab: Wer Ziff. 1 als Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.101: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	133
Nein / Non	12
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben Ziff. 1 als Motion angenommen.

Wir befinden über die Abschreibung: Wer Ziff. 1 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.101: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	66
Nein / Non	79
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben Ziff. 1 nicht abgeschrieben.

Wir kommen zu Ziff. 2: Wer der Ziff. 2 als Motion zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

RRGR.101: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	130
Nein / Non	16
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben der Ziff. 2 zugestimmt.

Wir befinden auch hier über die Abschreibung: Wer Ziff. 2 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.101: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	63
Nein / Non	81
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben auch hier die Abschreibung bestritten.

Dann kommen wir zu Ziff. 3. Ich glaube, wir haben keine Differenz mehr, wir können annehmen und abschreiben, kann ich so vorgehen? – Gut. Wer damit einverstanden ist, Ziff. 3 anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.101: Ziff. 3, Annahme und gleichzeitige Abschreibung /
ch. 3, adoption et classement

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dieser Ziffer einstimmig zugestimmt, inklusive Abschreibung.

Wir kommen zu Ziff. 4, sie wurde in ein Postulat gewandelt: Wer der Ziff. 4 als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.101: Ziff. 4, als Postulat / ch. 4, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	134
Nein / Non	12
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben der Ziff. 4 als Postulat zugestimmt.

Dann kommen wir zu Ziff. 5: Wer der Ziff. 5 als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

Z2022.RRGR.101: Ziff. 5, als Postulat / ch. 5, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	101
Nein / Non	41
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben der Ziff. 5 als Postulat zugestimmt.